



An die
UFE-Mitgliedsverbände

Berlin, den 24. Januar 2011 /bb

Information Nr. 1/2011

Niederschrift über die Sitzung des Zollausschusses der UFE am 21. September 2010 in Lissabon

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

in der Anlage übersenden wir die Niederschrift über die Sitzung des
Zollausschusses der UFE am 21. September 2010 in Lissabon zu Ihrer
Kenntnis.

Mit besten kollegialen Grüßen

(R. Zender)
UFE-Generalsekretär



Niederschrift

über die Sitzung des Zollausschusses der UFE am 21. September 2010 in Lissabon

Teilnehmer:

siehe beigefügte Anwesenheitsliste

1. **Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch den Präsidenten der UFE, Dieter Ondracek, und den Vorsitzenden des UFE-Zollausschusses, Klaus-Hilger Leprich**

UFE-Präsident Dieter Ondracek eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr und begrüßt die Teilnehmer. Insbesondere begrüßt er den Generaldirektor für Zoll und Sonderverbrauchssteuern Portugals, João Manuel Almeida de Sousa. Er entschuldigt Vizepräsidenten Giordano Schera, der aus gesundheitlichen Gründen nicht am Kongress teilnehmen kann.

Sodann übergibt er die Leitung der Sitzung an den Vorsitzenden des Zollausschusses, Kollegen Klaus-Hilger Leprich.

2. **Referat des Generaldirektors für Zoll und Sonderverbrauchssteuern Portugals, João Manuel Almeida de Sousa**

Generaldirektor de Sousa erläutert, dass es in Portugal wichtig gewesen sei, die Botschaft zu vermitteln, dass der Zoll trotz Schaffung des Binnenmarktes 1992 noch immer notwendig sei. Er erläutert, dass der portugiesische Zoll mit Sonderverbrauchssteuern, Zollgebühren, Gemeinschaftssondersteuern, der Kraftstoffsteuer, der Tabaksteuer, der

Alkoholsteuer, der KFZ-Steuer und der Einfuhrumsatzsteuer 6 Milliarden Euro jährlich an Einnahmen für den Staat hereinbringe. Dies seien 20 % der gesamten Steuereinnahmen Portugals. Dies bedeute des Weiteren, dass jeder Beschäftigte des Zolls 3,6 Millionen Euro erziele. Betätigungsfeld des portugiesischen Zolls sei auch der Schutz der öffentlichen Gesundheit. Nicht nur durch Bekämpfung des Drogenschmuggels, sondern durch Besteuerung gesundheitsschädlicher Produkte, z. B. der Tabaksbesteuerung. Auch verhindere der Zoll die illegale Einfuhr von Sprengstoff und Schusswaffen. Zum Kampf gegen den Terrorismus obliege ihm die Kontrolle der Geldbewegungen und die Unterbindung der Einfuhr von radioaktivem Material. Auch der Schutz der kulturellen Güter Portugals unterfalle dem Aufgabenbereich des Zolls. Wenn kritisiert werde, dass die Warenbeschlagnahme kein Geld bringe, so diene die Zerstörung der beschlagnahmten illegalen Güter dem Schutz der Gesellschaft. Er erläutert, dass Portugal erst 1986 EU-Mitglied geworden ist. Dem vorausgegangen war Ende der 50er Jahre der Beitritt zur Welthandelszone, vorher sei Portugal stark abgeschottet gewesen. Mit dem Beitritt im Jahre 1986 musste die ganze Gesetzgebung an EU-Normen angepasst werden bzw. mussten EU-Normen übernommen werden, was bis zur Gründung der Zollunion 1992 sichergestellt werden musste.

Zu verzeichnen sei ein starker Personalrückgang. Heute habe der Zoll nur noch 1.650 Beschäftigte im Gegensatz zu 4.000 Beschäftigten im Jahr 1992. Es sei mittlerweile eine Mitarbeiterzahl erreicht, mit der die Erfüllung der Aufgaben des Zolls nicht mehr gewährleistet sei.

Portugal sei Einfallstor und Transitland zugleich für den Drogenschmuggel. Auch das Problem der Markenpiraterie habe stark zugenommen. So werde Portugal von gefälschten Medikamenten überschwemmt. Die Versendung erfolge oftmals in kleineren Mengen aus Ländern wie Indien und China.

Weitere Aufgabe des Zolls sei die Überwachung des Artenschutzes wie auch die Bargeldkontrolle.

Neben der Organisation des Austausches mit Beschäftigten anderer EU-Staaten stehe auch die Zollzusammenarbeit mit den ehemaligen Kolonien auf der Aufgabenliste.

In der anschließenden Diskussion weist der Vorsitzende des UFE-Zollausschusses, Kollege Klaus-Hilger Leprich, darauf hin, dass die politisch Verantwortlichen in Europa dafür Sorge tragen müssen, dass Waren unmittelbar dort kontrolliert werden, wo sie in die EU kommen. Spätere Kontrollen im Inland seien kaum effektiv. Erläutert wird des Weiteren, dass den Regierungen der einzelnen Mitgliedsstaaten verdeutlicht werden müsse, dass eine funktionierende Zollverwaltung nach wie vor unverzichtbar sei. Weiteres Ziel sei die Umsetzung einheitlicher Zoll-Standards in ganz Europa.

Kollege Emiel Boriau aus Belgien spricht das Problem der Containerbegasung an. Er erläutert, dass die Kontrollen in Deutschland und in den Niederlanden strenger seien als in Belgien und sich daher der Warenfluss verändere. Seine Nachfrage hinsichtlich der Situation in Portugal ergibt, dass dieses Problem in Portugal nicht bekannt ist. Nur wenn radioaktives Material angezeigt werde, ziehe sich der Zoll zurück, sobald es „piepst“. Kollege Klaus-Hilger Leprich erläutert, dass im Hamburger Hafen Geräte vorhanden seien, die anzeigen, ob Gas im Container vorhanden sei und wenn ja, welches. Nur wenn feststehe, dass die Container nicht kontaminiert seien, dürfe der Zoll öffnen. Er erläutert des Weiteren, dass die Hamburger Uni, die bei dieser Untersuchung federführend war, „zurückgepiffen worden sei“.

Kollege Boriau erläutert, dass es in Belgien und in den Niederlanden drei Vergiftungsfälle durch mit Gas kontaminierten Containern gegeben habe. Oftmals würden Vergiftungserscheinungen als „Sommergrippe“ abgetan.

Kollege Albert Van de Sande schlägt vor, auch die Strafsanktionen innerhalb Europas zu harmonisieren. Es könne nicht angehen, wenn Steuerbetrug in einem Land als Verbrechen, in einem anderen gar nicht und in einem dritten Land nur als Ordnungswidrigkeit verfolgt werde. Kollege Klaus-Hilger Leprich erläutert, dass im Hamburger Hafen 10 Millionen Container jährlich umgeschlagen werden. Klaus-Hilger Leprich erläutert des Weiteren, dass die zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten (AEO) vom Rechnungshof geprüft wurden mit schlechten Ergebnissen. Auch bei vereinfachten Verfahren dürfe die Zollkontrolle nicht gänzlich ausbleiben.

Der portugiesische Generaldirektor für Zoll erläutert, dass Zollbeamte in Portugal Privilegien hätten. Die Arbeitsbedingungen seien besser als im übrigen öffentlichen Dienst. Er selbst habe nicht die Kompetenz Leute einzustellen, er könne den Wunsch der UFE nur an die Regierung weitertragen. Auch die Gehaltsstruktur könne er nicht ändern, lediglich entsprechende Vorschläge unterbreiten. Das Durchschnittsalter in der Zollverwaltung liege bei 49 Jahren. Es seien seit 10 Jahren keine jungen Mitarbeiter mehr eingestellt worden. Es wird des Weiteren erörtert, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise die Bedingungen für die Laufbahnen und Gehälter verschlechtert habe. Es wird gefordert, dass die Europäische Kommission die Zollverwaltungen besser unterstützt. Es müsse stärker im Bewusstsein der europäischen Politik verankert werden, welche wichtige Rolle der Zoll in Europa spiele.

UFE-Vizepräsident Peter Lockhart erläutert für Großbritannien, dass die Zollverwaltung mit der Polizei zusammenarbeite. Im Jahre 2005 sei der Zoll mit dem Steuerbereich zusammengelegt worden, und im Jahr 2006 eine Agentur für das organisierte Verbrechen geschaffen worden, die Teile des Zolls übernommen habe. Diese funktioniere noch nicht zufriedenstellend. Der Zoll solle mit der Einwanderungsbehörde zu einer Behörde zusammengeführt werden. Für die übertragenen Aufgaben ständen jedoch nicht genug Mitarbeiter zur Verfügung. Es seien Personal- und Gehaltskürzungen geplant. Großbritannien stehe vor einer radikalen

Reorganisation innerhalb der Zollverwaltung. Die Zahl der Mitarbeiter im Zollbereich sei von 18.000 im Jahr 2005 auf 11.000 im Jahr 2009 zurückgeführt worden.

Kollege André Friden von der LDG erläutert die Änderungen in Luxemburg. So gebe es in Luxemburg demnächst nur noch 14 Zollzentren mit 6 verschiedenen Inspektionen. Der Flughafen sei die einzige EU-Außengrenze. Die Drogenabteilung sei im ganzen Land tätig. Rund ein Drittel der 450 Zollbeamten in Luxemburg seien von den Änderungen betroffen. Es gebe verschärfte Aufnahmebedingungen bei der Einstellung von Zöllnern wie auch 2010 eine Nullrunde im gesamten öffentlichen Dienst Fakt sei. Der Abbau von Prämien konnte hingegen verhindert werden.

Die belgischen Kollegen erläutern, dass die Gehälter eingefroren wurden und durch die hohe Inflation in Belgien faktisch eine Gehaltskürzung stattfindet. Für Belgien wird erläutert, dass immer weniger Personal zur Verfügung stehe und der Altersdurchschnitt in der Zollverwaltung Belgiens bei 54 Jahren liege. Es müssten Überstunden geleistet werden, aber ohne entsprechende Bezahlung. Ein Teil der Zöllner sei unnötig im Controlling gebunden, statt in der Praxis eingesetzt zu werden.

Kollege Jorn Rise Andersen erläutert für Dänemark, dass der Haushaltsvoranschlag 2011 für den Zoll „düster“ aussehe, der Zoll auf jeden Fall mehr Mittel erhalten müsse, weil ansonsten 500 Mitarbeiter entlassen werden müssten. Es seien 20 Millionen Euro für zwei neue Scanner zur Verfügung gestellt worden, wie auch acht neue Spürhunde zur Bekämpfung des Waffen- und Drogenschmuggels sowie der Geldwäsche vorgesehen seien. Aus Umstrukturierungen würden 50 neue Beschäftigte für die Bekämpfung der Bandenkriminalität eingesetzt werden. Für die Kontrolle der Schiffe gebe es in Dänemark nur 9 Beschäftigte. Auch für Dänemark bestehe die dringende Notwendigkeit, dass der Arbeit des Zolls mehr Bedeutung beigemessen werde.

Die isländischen Kollegen erläutern, dass der Haushalt in diesem Jahr um 5 % gekürzt worden sei. Heute weise die isländische Zollverwaltung nur noch 108 Beschäftigte auf, während im Jahr 2005 noch 207 Personen beim Zoll beschäftigt waren. Die Inflation betrage 8 – 10 %, die Löhne seien praktisch eingefroren.

Die tschechischen Kollegen erläutern, dass der Zoll von ursprünglich 9.400 Personen um 5.400 auf 4.000 abgebaut wurde. Der Personalabbau werde wohl in der nächsten Zeit weiter gehen, wobei schon jetzt nicht genug Beschäftigte für die übertragenen Aufgaben vorhanden seien. Es seien Gehaltskürzungen in Höhe von 10 % oder ein Personalabbau von 10 % im Gespräch. Steuerliche Aspekte seien vom Zoll abgegliedert worden, neue Aufgabenbereiche seien die Überwachung des Glücksspiels, der Casinos und der illegalen Beschäftigung.

Die französischen Kollegen erläutern, dass die Krise zu einem starken Personalabbau beim französischen Zoll geführt habe. Bis 2012 werde es ca. 400 Stellen weniger als vor 4 Jahren geben. Der Beamtenstatus sei zur Diskussion gestellt worden. Ab 2011 gebe es neue Pläne für die Gehaltseinwicklung. Es würden immer mehr Aufgaben bei weniger Beschäftigten übertragen.

Die irischen Kollegen erläutern, dass nach 2008 massiv Personal abgebaut wurde. Die Medien seien gegenüber dem Zoll sehr feindlich eingestellt. Der öffentliche Dienst werde für die Krise verantwortlich gemacht. Es seien 10.000 Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen worden, damit habe man 10 % des Personals verloren. Des Weiteren habe man Gehaltseinbußen von 20 % hinnehmen müssen. Es sei festzustellen, dass immer weniger Beschäftigte mehr Arbeiten für weniger Geld erledigen müssten.

Die norwegischen Kollegen berichten, dass der Zoll wohl von Kürzungen ausgenommen werde. In schlechten Zeiten werde die Zollverwaltung haushalterisch gut ausgestattet, da mehr Schmuggel usw. stattfinde. Der

Zoll koste 1,4 Milliarden Dollar, eingebracht wurden aber 200 Milliarden Dollar. Die Situation bezüglich des Personals sei gut. Man habe mehr Personal als vor zwei Jahren.

Die schwedischen Kollegen erläutern, dass geplant gewesen sei, 350 Stellen im Zoll zu streichen. Es habe eine Debatte im Parlament über das Zollwesen in Schweden eingesetzt, wobei die Medien sich auf die Seite des Zolls geschlagen und deutlich zum Ausdruck gebracht hätten, dass Schweden weiterhin effiziente Zollkontrollen brauche. Im Ergebnis sei ein Personalzuwachs zu verzeichnen, wie auch mit einer Steigerung der Gehälter um 3 – 4 % gerechnet werde. Zudem erhalte der Zoll neue Kompetenzen, wie die Verantwortlichkeit für die Alkoholkontrollen im Straßenverkehr.

Die finnischen Kollegen erläutern, dass 157 Millionen Euro für die Zollverwaltung zur Verfügung gestellt würden bei 2.257 Stellen im Jahr 2011. Sonderverbrauchssteuern und Mehrwertsteuer würden nicht mehr unter die Kompetenz des Zolls fallen.

Die italienischen Kollegen verweisen auf das dem Generalsekretär in der Sitzung überreichte Dokument zur Lage des Zolls und der Steuerverwaltung in Italien. Problem sei, dass die Arbeit der Steuer- und Zollverwaltung von der jetzigen Regierung in Italien nicht ausreichend anerkannt würde. Probleme seien eine Erweiterung der Aufgaben sowohl im Zoll als auch im Steuerbereich bei weniger Personal.

Die ungarischen Kollegen erläutern, dass auf die Zollverwaltung in Ungarn schwere Zeiten zugekommen seien. Die ungarische Zollbehörde sei mit der Steuerbehörde zusammengeführt worden. Zollbehörden sollen aufgelöst werden, wogegen auch von den Medien Stellung bezogen worden sei. Gewerkschaftlicherseits wolle man die Selbständigkeit von Zoll und Steuerbereich beibehalten. Das 13. Monatsgehalt sei abgeschafft worden wie auch die vierteljährliche Prämie. Um nicht noch weiter von der Entwicklung der Löhne in den anderen europäischen Zollverwaltungen

abgehängt zu werden, sei das Gespräch mit dem Minister gesucht worden. Auf Nachfrage des Zollausschuss-Vorsitzenden Klaus-Hilger Leprich erläutern die ungarischen Kollegen, dass ein Zöllner zu Beginn seiner Tätigkeit 300 Euro pro Monat verdiene. Dafür seien 1 Jahr Ausbildung an verschiedenen Orten und Abitur notwendig. Insbesondere die Ausbildung an verschiedenen Orten sei von vielen nicht zu finanzieren, so dass es zahlreiche Ausbildungsabbrüche gebe. Der Lohn am Ende des Berufslebens betrage 600 – 700 Euro pro Monat maximal nach Absolvierung eines Studiums. Die Lebenshaltungsgrundkosten, also Miete und Ernährung, würden mindestens 350 Euro betragen.

Die spanischen Kollegen erläutern, dass es zu Lohnkürzungen von 5 % in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen sei. Im Parlament sei der Vorschlag eingebracht worden, die Altersgrenze von 65 auf 67 Jahre anzuheben. Neueinstellungen seien im letzten Jahr gestoppt worden. Die Belegschaft im Zollbereich sei um 10 % abgebaut worden. Die Gewerkschaft führe aggressive Kampagnen im Hinblick auf die Bekämpfung des Steuerbetrugs und die Bekämpfung des Schwarzgeldes, um notwendige haushalterische Mittel zu erhalten. Seitens des Finanzministers erfahre man leider nicht die notwendige Unterstützung.

Die niederländischen Kollegen berichten über eine große Reorganisation in der niederländischen Zollverwaltung. Die rechtsradikale Regierung wolle 25 % der Beamtenstellen abbauen und die Unabhängigkeit bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gegenüber der Politik stark einschränken.

Kollege Klaus-Hilger Leprich erläutert, dass es in der Bundesrepublik zur Zeit 38.000 Zöllner gebe. Es seien fast alle Beamte auf Lebenszeit. Wegen des mit der Verbeamtung verbundenen Privilegs der Unkündbarkeit komme es mindestens ein Mal im Jahr in der Presse zu einer Neiddebatte. Sehr positiv werde die Arbeit des Zolls durch das Fernsehen begleitet, fast jeden Tag liefen Dokumentarsendungen über die Bekämpfung der Schwarzarbeit / illegalen Beschäftigung und Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels in Deutschland. Gehaltseinschnitte könnten

verhindert werden, die Gehaltssteigerungen lägen geringfügig über der Inflation. Aufgaben seien u. a. die Kontrolle des Warenverkehrs, die Verwaltung der Verbrauchssteuern sowie die Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung. Seit 1993 seien ca. 8.500 Stellen gestrichen worden, aber auch 6.500 neue Stellen geschaffen worden, insbesondere zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Zu beklagen sei, dass mehr Kollegen in Pension / Rente gehen, als Personal ausgebildet werden könne. Maximal 2 % aller Warensendungen würden kontrolliert werden. Zudem sei die KFZ-Steuer übertragen worden, zurzeit noch ohne Personalmehrung. Hinzu komme die Kontrolle der Mindestlöhne wie auch die Brennelementesteuer. Die zusätzlich übernommenen Aufgaben müssten ohne Mehrpersonal bewältigt werden. Kollege Klaus-Hilger Leprich berichtet, dass in Deutschland zurzeit ein Riesenboom mit gefälschten Medikamenten zu verzeichnen sei. Mit dem Verkauf und dem Schmuggel von gefälschten Medikamenten werde mehr Geld verdient als mit dem Rauschgifthandel.

Eine vergleichbare Gewerkschaftslandschaft wie in Frankreich mit 8 Zollgewerkschaften gebe es in Deutschland nicht. Mitbewerber um die Organisation von Zollbeamten seien nur die Gewerkschaft der Polizei und ver.di, wobei jedoch der BDZ in allen Personalvertretungen die Zweidrittel-Mehrheit besitze.

Der Zollausschuss diskutiert sodann den Entwurf einer Zollresolution für die Verabschiedung bei der UFE-Komiteesitzung. Nach ausgiebiger Erörterung wird schließlich die in der Anlage beigefügte Resolution verabschiedet. Bei der Erörterung der Resolution wird das Problem der Container-Security diskutiert. Insbesondere die Notwendigkeit, in Richtung USA abgehende Container im Ausgangshafen zu scannen. Die spanischen Kollegen erläutern, dass an drei Orten bei Containern in Richtung USA Container-Scanning stattfinde. Die französischen Kollegen erläutern, dass es ebenfalls mobile Scanner wie in Holland gebe.

Die deutschen Kollegen erläutern, dass in Hamburg und Bremerhaven gescaant werde und Wilhelmshaven ebenfalls gescaant werden soll.

Die ungarischen Kollegen führen abschließend die Probleme mit ihrer Regierung im Hinblick auf die mangelnde Einbindung des Personals bei Veränderungsprozessen in der Verwaltung aus.

Der Vorschlag des UFE-Zollausschuss-Vorsitzenden Klaus-Hilger Leprich, diesen Gesichtspunkt in die Resolution aufzunehmen, findet einstimmige Zustimmung.

Mit einem herzlichen Dank für die Teilnahme schließt der Vorsitzende des Zollausschusses, Kollege Klaus-Hilger Leprich, die Sitzung um 18.15 Uhr.